

## König Georg von England †

London, 21. Januar. Der König starb friedlich 23.55 Uhr in Gegenwart der Königin, des Prinzen von Wales, des Herzogs von York, der kgl. Prinzessin, des Herzogs und der Herzogin von Kent.

Der König starb im 71. Lebensjahr nach einer Regierungszeit von 25 Jahren und 8 Monaten.

Der bisherige Prinz von Wales wird mit dem Tod des Königs dessen Nachfolger. Er steht im 42. Lebensjahr, ist unverheiratet und wird als König den Namen Eduard VIII. führen.

Am heutigen Dienstag wird der Kronrat auf den neuen König vereidigt werden. Die öffentliche Ausrufung des neuen Königs erfolgt ebenfalls heute.

Der Führer und Reichskanzler hat an den Tronerben und die Königin Beileidstelegramme gerichtet.

### Die letzten Stunden vor dem Ableben

Einsetzung eines Staatsrats

London, 20. Jan. Am Montag früh wurde von Schloss Sandringham berichtet, daß der König ein wenig geschlafen habe und daß sein Zustand unverändert sei.

Da auch der Herzog von Kent am Sonntagabend in Sandringham eingetroffen ist, hat der König alle seine Kinder mit Ausnahme des Herzogs von Gloucester, der selbst an einer Erkältung erkrankt ist, gesehen. Königin Mary von Norwegen, die einzige noch lebende Schwester des Königs, wird dauernd über seinen Zustand auf dem Laufenden gehalten.

Der Beschluß, einen Staatsrat einzusetzen, ist nicht als ein Zeichen dafür zu betrachten, daß sich der Zustand des Königs weiter verschlechtert hätte. Vielmehr glaubt man zunächst daraus zu schließen, daß die Erkrankung längere Zeit dauern wird. Die Einsetzung des Staatsrats wurde am Montag nachmittag durch den Kronrat vollzogen. An der Sitzung nahmen neben dem Prinzen von Wales und den Herzögen von York und Kent u. a. der Lordpräsident des Kronrats, Ramsay MacDonald, der Innenminister Sir John Simon, der Lordkanzler Lord Halifax und der Erzbischof von Canterbury teil. In diesem Zusammenhang wird an die Einsetzung eines Staatsrates während der schweren Erkrankung des Königs im Winter 1928/29 erinnert. Vorher war bei zwei Gelegenheiten ein Staatsrat ernannt worden, nämlich im Jahre 1911, als der König zu seiner Krönung als Kaiser von Indien längere Zeit abwesend war und im Jahre 1925, als König Georg auf einer Erholungsreise im Mittelmeer weilte.

In sämtlichen Kirchen Englands wurden am Sonntag Gebete für die Genesung des Königs verrichtet. Auch über alle englischen Rundfunkstationen wurde in den späten Abendstunden ein Gebet gesprochen. — Wie aus Melbourne berichtet wird, wurden am Sonntag auch in allen Kirchen Australiens Bittgottesdienste veranstaltet.

### Der Kronrat beim kranken König

London, 20. Jan. Sofort nach Eintreffen der Staatsminister hielt der König den vorgesehenen Kronrat in seinem Krankenzimmer ab. Die Türen des Raumes neben dem Krankenzimmer des Königs wurden weit geöffnet. Der König war in der Lage, vom Bett aus den Vorgängen zu folgen. Auch der Leibarzt des Königs, Lord Dawson of Penn, nahm an der Sitzung teil. Nach den üblichen Höflichkeitseigenheiten wurden dem König die Staatspapiere zur Unterzeichnung vorgelegt, die die Einsetzung des Staatsrates vorsehen. Der Leibarzt nahm die Papiere und brachte sie dem König zur Unterschrift. Nach dem kurzen Kronrat verließen die drei Mitglieder der Regierung mit dem Sekretär des Geheimen Rats, Sir W. Hanley, das Zimmer und nahmen ihr Mittagmahl zusammen mit der Königin ein. Die Minister kehrten hierauf nach London zurück. An dem Kronrat nahm auch der Erzbischof von Canterbury teil, dagegen war der Prinz von Wales nicht zugegen. Der Prinz von Wales hatte sich im Flugzeug von London nach Sandringham begeben. Entgegen den Erwartungen hat er seinen Bruder, den Herzog von Gloucester, nicht mitnehmen können.

### Zunehmende Schwäche

London, 20. Jan. Ueber das Befinden des Königs von England wurde am Montag nachmittag gegen 18 Uhr englischer Zeit (19 Uhr deutscher Zeit) folgende amtliche Verlautbarung besanntgegeben:

„In dem Befinden des Königs ist eine zunehmende Schwäche zu verzeichnen.“

Diese Verlautbarung ist von den drei Leibärzten des Königs unterzeichnet und stellt die ernsteste Nachricht dar, die seit Freitag nacht, der Bekanntgabe der Krankheit des englischen Königs, an die Öffentlichkeit kam. Die den König umgebenden

den Ärzte hegen die allerschwerste Besorgnis, wie lange noch die Kräfte des Kranken vorhalten werden.

### Die amtliche Mitteilung über den Kronrat

London, 20. Jan. Ueber die Sitzung des Kronrates, die am Montag vormittag in Sandringham stattfand, wird amtlich folgendes mitgeteilt:

„Seine Majestät der König ernannte auf einem Kronrat in Sandringham folgende Staatsräte: Ihre Majestät die Königin, den Prinzen von Wales, den Herzog von York, den Herzog von Gloucester und den Herzog von Kent.“



Weltbild (M).

König Georg von England †

## Das Ringen um die Religion in Deutschland

NSA. Der Hauptchristliche der „Niederländischen Tageszeitung“ veröffentlicht eine Unterredung mit Reichsminister Kerrl, in der der Minister eingangs über die Haltung des Nationalsozialismus zur Religion befragt wird. Pp. Kerrl erklärt, das Ringen unserer Zeit ist, im großen und ganzen gesehen, nicht ein Ringen gegen die Religion, sondern ein Ringen um die Religion. Die Frage

### Kurze Tagesübersicht

In Berlin beginnen Besprechungen über die Durchführung des deutsch-sowjetischen Abkommens über den Reise- und Bäderverkehr im Jahre 1936.

Auf der Eröffnungssitzung des Völkerbundesrates in Genf wurden untergeordnete Fragen behandelt.

Der Dreizehner-Ausschuß in Genf hat entgegen dem Wunsche Abessinien beschloßen, keine Untersuchungskommission nach Abessinien zu entsenden und eine Finanzhilfe abgelehnt.

Am Krankenbett des englischen Königs fand am Montag ein Kronrat statt, auf dem die Einsetzung eines Staatsrates beschloßen wurde.

In Paris ist die Kabinettskrise bevorstehend. Nach einem Kabinettsrat am Mittwoch und dem Rücktritt der radikal-sozialistischen Minister will Paval den Gesamtücktritt seiner Regierung erklären.

Fürst Starhemberg und Bundeskanzler Schuschnigg sprachen vor der Vaterländischen Front über die österreichische Politik und lehnten jede Volksbefragung und Wahl ab.

Der japanische Außenminister Hirota hielt im Parlament eine Rede, in der er die Zusammenarbeit mit China und Mandschukuo forderte zur Bekämpfung des Bolschewismus.

nach Gott und der richtigen Erkenntnis Gottes bewegt heute die Mehrheit des deutschen Volkes. Diese Strömung äußert sich auf der einen Seite darin, daß die Anteilnahme an kirchlichen Dingen außerordentlich rege ist, und auf der anderen Seite darin, daß neue Formen des Glaubens gesucht werden. Der nationalsozialistische Staat bejaht die Verlebendigung des Glaubenslebens, weil er den religiösen Menschen zur Grundlage seines Staatsbaues macht. Ein Nationalsozialismus muß religiös sein, er muß Ehrfurcht vor der religiösen Auffassung eines anderen haben, aber die Form seines Glaubenslebens bleibt ihm freigestellt; jeder kann nach seiner Fassung selig werden.

Reichsminister Kerrl äußerte sich dann, daß es dem Volk um so besser ginge, je härter die religiösen Bewegungen sich äußerten und vor allen Dingen praktisch im Sinne Jesu betätigten. Die NSDAP habe nichts mit der Deutschen Glaubensbewegung zu tun, wie sie sich überhaupt nicht um Glaubensfragen der Konfessionen oder einzelner Gruppen kümmere. Die Aufgabe des Staates sei es nur, dafür zu sorgen, daß im kirchlichen Leben Zucht und Ordnung herrsche, daher wendet er sich gegen religiöse Versammlungen öffentlichen Charakters außerhalb der Kirche, denn Religion ist nach unserer Auffassung kein politischer Massenartikel, sondern Sache der dazu berufenen Gemeinschaften.

Nachdem der Minister den Streit unter den Konfessionen als negativ wirkend bezeichnete, und als allein positiv das Wollen und Handeln im Sinne des Stiefers der christlichen Kirche erklärt, heißt es: „Weniger Dogmenstreit sollten die Konfessionen in den Vordergrund stellen, vielmehr die Religion und Gefinnung des Einzelnen für den Nächsten und die Gemeinschaft des Volkes; denn das ist wirklich positives Christentum. Tendenzen, die zur Gottlosigkeit führen, bekämpft der nationalsozialistische Staat auf das Schärfste, weil er sie als den Feind in der Ordnung und Kultur betrachtet. Daher den Kampf gegen den Bolschewismus, daher der Schutz der Kirchen; daher aber auch die Forderung an die Kirchen, daß sie diesen Staat bejahen und aus völliger innerer Freiheit zu ihm kommen.“

Ueber die Stellung seines Ministeriums zu den Kirchen beider Konfessionen äußert sich Reichsminister Kerrl dahingehend, daß er sich bemühe, den Kirchen die religiöse und seelsorgerische Tätigkeit zu erleichtern. Bezüglich der Religionsausübung bestehe völlige Freiheit. Es müsse aber darüber gewacht werden, daß auf beiden Seiten vorkommende Ansätze zu einer Priesterherrschaft unterdrückt würden. Der Staat, so sagt Pp. Kerrl, kann keinesfalls dulden, daß die Kirchen auch heute noch da und dort in mehr oder weniger verdeckter Form eine politische Einflussnahme erstreben und damit die nationale Einheit und Disziplin unseres Volkes untergraben. Die Schwächung der Widerstandskraft unseres Volkes durch den politischen Katholizismus, der das Reich an den Rand des Abgrundes führt, ist uns Warnung genug.

Eingehend befaßt sich die Unterredung mit der Lage innerhalb der protestantischen Kirche. „Es gibt die verschiedensten Richtungen, und es ist Sache der Kirche, sich darüber in brüderlicher Liebe zu unterhalten. Der Streit wurde aber nur dadurch verhärtet, daß sich die Parteien selbst als rechtmäßige Kirche proklamieren.“ Der Staat müsse als Garant der öffentlichen Ordnung dafür sorgen, daß keine Gruppe unterdrückt würde und durch die Bildung des Reichskirchenauschusses seien die vorhandenen streitenden kirchlichen Fronten ihrer machtpolitischen Position entkleidet worden.

Zum Schluß äußert sich Reichsminister Kerrl über die Stellung des deutschen Protestantismus in der evangelischen Welt, und spricht seine Hoffnung nach einer geeinten starken evangelischen Kirche aus. Kerrl appelliert an den Geist und das Vorbild Martin Luthers, dessen nationale Gefinnung sich alle Protestanten immer zum Vorbild nehmen könnten. „Wenn es gelingt, daß die Kirchen ihren inneren Streit fruchtbar gestalten, um in Zukunft in einer dieser Geschlossenheit in Gefinnung und Tat das praktische Christentum Jesu Christi vorzuleben, dann wird es ihnen auch gelingen, als verbindendes Glied zu den angelsächsischen und norwischen Staaten gegenständig zu wirken.“

Im Kuppelsaal der Stadthalle in Hannover sprach am Samstag vor den Antosträgern der NS-Frauenhilfe aus dem Gau Süd-Hannover-Braunschweig Reichsminister Kerrl. Er knüpfte an das Raabe-Wort: „Habt Acht auf die Gassen, Schaut auf zu den Sternen!“, was für die Kämpfer der Bewegung heiße: zwar auf das Alltägliche des Lebens zu achten, sich darin aber nicht zu verlieren, sondern das Hochziel der Bewegung nie aus den Augen zu lassen.

Der Minister sprach dann über weltanschauliche und religiöse Fragen und ging aus von der uralten Frage menschlichen Sehens und Sehens: woher kommen wir, wohin gehen wir? Das immer noch unbefriedigte Sehnen habe endlich seine Erfüllung gefunden in dem schlaffen, namenlosen Zimmermannssohn aus Nazareth, der nicht nur gewaltiger predigte als die Schriftgelehrten und darum vom Volke verstanden wurde, sondern der auch durch sein Leben die Wahrheit seiner Lehre bewies.



Regierung auszutreten, und wies in diesem Zusammenhang auch auf den Entschluß der übrigen radikalsozialistischen Minister hin, die beschloßen hätten, Herriot zu folgen. Die Abstimmung in der Kammer habe gezeigt, daß die große Mehrheit der radikalsozialistischen Fraktion gegen die Politik Laval eingestellt sei. Wenn trotzdem einige für die Regierung gestimmt hätten, so nur deshalb, weil der Haushalt und die Frage der Kampfpläne noch nicht verabschiedet gewesen sei.

Nach dem Abgeordneten ergriff ein Mitglied des Vollzugsausschusses das Wort, um in scharfer Form die Außenpolitik Laval zu kritisieren. Laval habe den Völkerbundspakt verleugnet, der Frankreichs Sicherheit garantierte. Laval habe außerdem die Bande gelöst, die Frankreich an England knüpfen und an seine mitteleuropäischen Freunde. Der Redner warf dem Ministerpräsidenten außerdem vor, den französisch-russischen Pakt noch nicht ratifiziert zu haben. Der Redner brachte sodann einen Entschließungsentwurf ein, wonach sich kein Parteimitglied in Zukunft der Politik Laval anschließen dürfe und der Stimmzwang in diesem Punkte unbedingt durchgeführt werden müsse.

Anschließend ergriff Staatsminister Herriot das Wort und erklärte, die radikalsozialistischen Minister hätten immer ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan. Aber eines Tages seien Schwierigkeiten hinsichtlich der Außenpolitik eingetreten. Herriot gab in diesem Zusammenhang nur andeutungsweise zu verstehen, daß die radikalsozialistischen Minister mit der Außenpolitik Laval nicht immer einverstanden gewesen seien. Herriot versuchte sodann den Ausschluß von der Notwendigkeit zu überzeugen, die radikalsozialistischen Minister in der Regierung zu belassen, weil Laval sich auf dem Wege nach Genf befinde.

Der Abg. Marchandau verteidigte den Standpunkt des rechten Flügels der Radikalsozialisten, der stets für die Regierung gestimmt hat. Er warnte vor allzu häufigen Regierungskrisen.

Der neugewählte Präsident der radikalsozialistischen Partei, Daladier, schloß sich dem von Herriot vertretenen Standpunkt an. Er erklärte aber auch, man müsse den Staat von der Diktatur gewisser wirtschaftlicher Mächte befreien.

Der Ausschuß nahm dann mit großer Mehrheit eine Entschließung an, in der u. a. zum Ausdruck gebracht wird, daß die Politik des französischen Ministerpräsidenten Laval im Widerspruch zu dem Parteiprogramm stehe, das auf der letzten Landesversammlung der Radikalsozialistischen Partei in Paris aufgestellt worden sei und zwar sowohl in außenpolitischen Beziehungen als auch auf anderen Gebieten. In der Entschließung ist nicht ausdrücklich die Rede von der zukünftigen Haltung der radikalsozialistischen Minister. Es scheint aber mit Sicherheit festzustellen zu können, daß diese nunmehr das Kabinett verlassen werden.

### „Regierungskrise in Frankreich akut“

#### Pariser Presse zur innenpolitischen Lage

Paris, 20. Jan. „Die Regierungskrise ist nunmehr akut geworden“, lautet die übereinstimmende Feststellung der Pariser Presse nach den Beschlüssen des radikalsozialistischen Vollzugsausschusses vom Sonntag.

Der „Petit Parisien“ glaubt, daß Laval bei seiner Rückkehr aus Genf in der Mitte der Woche die Rücktrittserklärung nicht nur Herriots, sondern auch der übrigen radikalsozialistischen Minister vorfinden werde. Daraufhin werde das Gesamtkabinett zurücktreten. Also elf Regierungen und vielleicht noch mehr in vier Jahren! stellt das Blatt mit ein wenig Bitterkeit fest. Das sei eine Höchstleistung.

Der „Matin“ erklärt zu dem beabsichtigten Fraktionszwang für die radikalsozialistische Kammergruppe, daß mindestens ein Duzend der radikalsozialistischen Abgeordneten bis zum letzten zu Laval stehen würde, falls sie sogar eine neue Fraktion gründen. Man dürfe dabei auch nicht vergessen, daß die Partei sich „Radikale und Radikalsozialistische Partei“ nenne, daß sie also bereits zwei vereinigte Gruppen umfasse.

Im „Populaire“ zeigt Leon Blum unverbohrte Befriedigung über die Entwicklung der Lage. Die Wahl Daladiers bedeute nicht nur den Bruch der Radikalsozialisten mit Laval, sondern darüber hinaus auch mit dem System der nationalen Einigung. Bei den Radikalsozialisten sei das Steuer nunmehr für den Wahlkampf nach links geworfen.

### Vor dem Rücktritt des Kabinetts Laval

Paris, 20. Jan. In gut unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß Laval am Dienstag aus Genf zurückkehrt. Am Mittwoch findet ein Kabinettsrat statt, in dessen Verlauf Staatsminister Herriot seinen Rücktritt bekanntgeben wird und die übrigen radikalsozialistischen Minister ihre Absicht verkünden werden, dem Beispiel Herriots zu folgen.

Ministerpräsident Laval, so erklärt man, werde sich dann sofort zum Staatspräsidenten begeben, um ihm den Gesamtrücktritt des Kabinetts zu unterbreiten. Weiter glaubt man, daß Laval jedes Angebot, eine neue Regierung zu bilden, ablehnen werde.

### Brilliantendiebstahl in Baden-Baden

Baden-Baden, 20. Jan. In dem Juweliergeschäft von E. Bürgermeister in Baden-Baden wurde am Sonntag nachmittag ein dreifacher Einbruchdiebstahl verübt. Diebe drangen nach Zerschlagung der schweren Schutzgitter in die Verkaufsräume ein und stahlen aus der Schaufensterauslage Brillantringe, Anhänger und andere Schmuckstücke. Der Schaden beläuft sich, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, auf etwa 26 000 RM.

### Neuer mongolischer Staat ausgerufen

Peiping, 20. Jan. In Nordchina ist über Nacht ganz plötzlich eine neue Lage geschaffen worden. Der stellvertretende Vorsitzende des „Politischen Rates der inneren Mongolei“, Fürst Tawang, hat in einem Zirkulartelegramm die Ausrufung eines neuen mongolischen Staates Menguo bekanntgegeben. Dieses wichtige Telegramm wurde zwei Tage lang vom Regierungstelegraphenamt zurückgehalten.

Das Zirkulartelegramm ist außer vom Fürsten Tawang noch von dem Kommandierenden der vom japanischen Oberkommando in Mandschukuo organisierten mandchurischen Truppen, Tschichae, unterzeichnet. 2000 Kavalleristen der Armee Tschichae sind bereits in der mongolischen Stadt Binditsujan eingetroffen, die nur 40 Kilometer von der Provinz Tschahar entfernt liegt. Der Eisenbahnverkehr auf der durch die nordchinesischen Provinzen Schansi und Tschahar führenden Strecke Peiping-Suiyuan ist fast völlig eingestellt.

Das chinesische Militärkommando der Provinz Sanxi und Tschahar zieht seine Truppen zur Vorbereitung der Verteidigung zusammen. Die Truppen des Generals Wschuhin eroberten im Norden von der Grenzstadt Kalgan den strategisch wichtigen Punkt Datsinmon (Provinz Tschahar). Die Truppen der Provinzialregierung von Tschahar ziehen sich, ohne Widerstand zu leisten, nach Kalgan zurück.

### Zusammenschluß gegen den Kommunismus in Orien

Tokio, 20. Jan. Der japanische Außenminister Hirota hielt am Montag im Reichstag eine große politische Rede, in der er eingangs erklärte, daß Japans besondere Aufgabe die Erhaltung und Festigung des Friedens im Fernen Osten sei. Die grundsätzlichen Voraussetzungen hierfür seien die Un trennbarkeit Japans und Mandschukuos und der Ausgleich mit China und der Sowjetunion. Hirota lehnte sich dann lebhaft für die Bildung eines Dreiländer-Blocks Japan-China-Mandschukuo ein und stellte für die Verwirklichung dieses Zieles drei Forderungen auf. 1. müsse China ein eindeutiges Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit Japan ablegen, um die Einmischung dritter Länder zu verhindern. Japan werde dann bereit sein, China in jeder Beziehung zu unterstützen. 2. müsse China Mandschukuo anerkennen und diese Anerkennung durch die Bildung der Selbstverwaltung Nordchinas vorbereiten. 3. müßten sich die drei Länder Japan, China und Mandschukuo zur Bekämpfung des Kommunismus zusammen schließen. Dies sei die notwendige Grundlage für ein „Angebot mit der Sonne“, die durch ihre gewaltigen Leistungen an der Ostgrenze die Verständigung verhindere und Gefahren auslöse.



Opfere für Deine Kameraden  
Winterhilfswerk des Deutschen Volkes

### Zwei Neben Starhembergs

#### „Volksabstimmung in Oesterreich nicht möglich“

Wien, 20. Jan. Die Vaterländische Front hat in Wien am Sonntag einen Funktionärappell abgehalten, bei dem Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und Vizekanzler Fürst Starhemberg gesprochen haben.

Am Tage vorher hielt die Vaterländische Front eine Pressekonferenz ab, auf der Vizekanzler Fürst Starhemberg den Zweck des Funktionärappells behandelte. Er wandte sich zunächst gegen die Gerüchtmacherei und bezeichnete die Vaterländische Front als gemeinsame Plattform für verschiedene politische Gruppen, die allmählich zu einem Kampfblock zusammenwachsen sollten, der eine einheitliche Zielsetzung im Rahmen des Dollfuß-Programms haben sollte. In diesem Sinne trete die Vaterländische Front jetzt in eine neue Etappe. Als Aufgabe der nächsten Zeit bezeichnete es Fürst Starhemberg, daß der Grundlag praktisch durchgeführt werde, daß niemand außer der Vaterländischen Front berechtigt sei, in Oesterreich Politik zu machen. Dieser Grundlag behinere in keiner Weise das politische Mitbestimmungsrecht der österreichischen Bevölkerung, da die Vaterländische Front zwei Millionen Mitglieder zähle und das österreichische Oesterreich verleihere. Er brachte zum Ausdruck, daß jeder, der vom Staat bezahlt werde, auch der Vaterländischen Front angehören müsse. Das habe nichts zu tun mit einem absolut unendlichen Kadavergehorsam gegenüber der Staatsführung (!). Fürst Starhemberg wandte sich dann gegen die vielfach verbreitete Auffassung, daß es im heutigen Oesterreich zwei miteinander um die Vormacht ringende Richtungen gebe, die Richtung Schuschnigg und die Richtung Starhemberg. Allerdings beständen innerhalb der Vaterländischen Front verschiedene Auffassungen über viele Probleme des öffentlichen Lebens und es würden über die Probleme innerhalb der Vaterländischen Front Diskussionen geführt. Das sei aber durchaus begründbar.

Starhemberg wandte sich ferner gegen die Gerüchte, daß er nach dem Thron oder der Reichsverweserschaft in Oesterreich strebe. Eine Monarchie in Oesterreich sei nur möglich, wenn sie dem historisch-traditionellen Denken entspreche. Es sei aber falsch, daß man nun etwa am Vorabend der Ausrufung der Monarchie siehe Kaiser Otto werde sich niemals unter solcher Voraussetzung ausruhen lassen, da er bestimmt keinerlei Erschütterungen der Ruhe Europas heraufbeschwören wolle und eine Monarchie in Oesterreich tief in der Gesamtheit des österreichischen Volkes verwurzelt sein müsse.

Starhemberg begründete dann den Totalitätsanspruch der Vaterländischen Front. Er werde mit allen Mitteln danach streben, daß sämtliche Posten des öffentlichen Lebens ausnahmslos, und möge es sich um die scheinbar bedeutungslosesten Posten, beispielsweise eines Vereinsvorstandes in irgend einem kleinen Orte, handeln, ausschließlich von Oesterreichern, die bewußte Oesterreicher sind, besetzt würden.

Auf eine Frage, wie stark die kommende Miliz sein werde, antwortete Fürst Starhemberg, es würden alle Mitglieder der Wehrverbände, soweit sie physisch und sittlich einwandfrei wären, in die Miliz übernommen werden. Auf eine weitere Frage, was an den Gerüchten über eine bevorstehende Volksabstimmung wäre, erwiderte Fürst Starhemberg, eine Volksabstimmung komme in absehbarer Zeit in Oesterreich nicht in Frage. Wohl werde erwogen, im Rahmen der ständigen Körperschaften nach Möglichkeit dem Gedanken der Wahlen Rechnung zu tragen. An sich könne Oesterreich eine Volksabstimmung wohl abhalten, wenn es die Garantie hätte, daß diese uneintragbar sei. Eine Abstimmung sei aber Sache der Propaganda, und diese hänge ab von den zur Verfügung stehenden Mitteln. In dieser Hinsicht sei Oesterreich nicht in der Lage, in Konkurrenz zu treten mit den Mitteln, die den Nationalsozialisten zur Verfügung ständen.

Auf dem Funktionärappell am Sonntag sprach zunächst Bundeskanzler Schuschnigg, der betonte, daß Oesterreich den Dollfuß-Kurs unabänderlich weiterführen werde. Auch er er-

wähnte, daß man in der letzten Zeit in Oesterreich versuche, für eine Volksabstimmung Propaganda zu machen. Je mehr man aber glaube, die Regierung zwingen zu können, desto später werde die Volksabstimmung durchgeführt werden. Zu seiner Prager Reise erklärte Dr. Schuschnigg, daß er sich freue, feststellen zu können, daß Oesterreich begründete Aussicht habe, durch Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten, zu denen bisher nicht die nötige Fühlung bestanden habe, einen Fortschritt in der Konsolidierung des Landes zu machen.

Die Ausführungen des Vizekanzlers Fürst Starhemberg, der als Bundesführer der Vaterländischen Front sprach, bewegten sich im wesentlichen in dem gleichen Sinne, in dem er bereits zur Presse gesprochen hatte.

Fürst Starhemberg erklärte einleitend, daß ein freies und unabhängiges Oesterreich im Sinne der göttlichen Weltordnung liege. Einen Anschluß Oesterreichs an Deutschland, einen Zusammenschluß Oesterreichs mit deutschen Stämmen in der Form, daß Oesterreich in ein zentralistisches Reich eingegliedert würde, lehne er ab. Der Kampf gegen die Anschluß-Ideologie sei ein Hauptprogramm der Vaterländischen Front. Wenn er die Theorie bekämpfe, daß Oesterreich ein widerrechtlich abgetrennter Teil des Deutschen Reiches sei, daß Oesterreich nicht eine Provinz von Groß-Deutschland werden dürfe, so schließe diese Auffassung ein Bekenntnis zu einem gesunden deutschen Denken nicht aus. Gerade weil er und seine Freunde gute Deutsche seien, wollten sie im Sinne der österreichischen Vergangenheit den Weg in die Zukunft gestalten. Fürst Starhemberg erklärte dann, er müsse es ablehnen, in ein politisches System gezwungen zu werden, das seinem inneren Wesen nach undeutsch und deutschfremd sei. Wenn es Leute in Oesterreich gebe, die behaupteten, daß der Anschluß an das heutige Deutschland vereinbar sei mit einem richtigen und ethischen Bekenntnis zum Vaterland, so lage er, das sei Schwindel und Betrug.

Zum innenpolitischen Kurs erklärte Fürst Starhemberg: „Radikaler, systematischer und hartnäckiger als bisher wollen wir den Kampf gegen verstaubte und offene Feinde des österreichischen Gedankens führen. Nicht nur die öffentlichen Angestellten, nicht nur die Beamten und Angehörigen der bewaffneten Macht müssen vaterländisch denken, sie verlieren das Recht, öffentliche Funktionen auszuüben, wenn sie nicht bemüht und ehlich vaterländisch sind, sondern auch in der Wirtschaft haben Vaterlandsfeinde nicht mehr das Recht, aus der österreichischen Volkswirtschaft zu leben. Wir sind entschlossen, härter und größer als bisher zuzufassen.“

Zum vaterländischen Gedanken übergehend, führte Fürst Starhemberg aus, daß eine gesunde monarchistische Propaganda absolut in der Richtung des vaterländischen Gedankens liege. Er könne sich vorstellen, daß einmal der Zeitpunkt komme, wo die Begriffe Habsburg und Oesterreich wieder zu beider Glück und Aufblühen zusammenkämen, nicht nur zu Ruh und Frommen Oesterreichs, sondern zum Heile ganz Europas. Er wandle sich dann gegen die Art, mit der die nationale Propaganda in Oesterreich früher den habsburgischen Gedanken befeitigt habe. Von dieser Seite sei erklärt worden, Habsburg sei ein degeneriertes und deutsches Herrscherhaus und deshalb abzulehnen. Diese verlogene Legendenbildung über das Haus Habsburg werde er bekämpfen, weil die Schaffung dieser Legenden Oesterreich schade.

### Erklärung der abessinischen Regierung

Genf, 20. Jan. Der Dreizehner-Ausschuß des Völkerbundesrates hat das abessinische Ersuchen um Entsendung eines Untersuchungsausschusses und die Gewährung einer Finanzhilfe auf Grund des seinerzeit abgeschlossenen, aber noch nicht ratifizierten Abkommens abgelehnt.

Die abessinische Regierung betont in einer Erklärung, sie mache dem Völkerbund keine Vorwürfe. Es zeige sich, daß die kleinen Völker bei der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit vorwiegend auf sich selbst angewiesen seien. Das abessinische Volk sei seit Entschlossen, so lange zu kämpfen, bis sein Gebiet vom Feinde befreit sei und es Sicherheitsbürgschaften gegen einen künftigen Angriff erlangt habe. Die abessinische Regierung stelle aber die Frage, ob die Opfer und die Leiden Abessiniens nicht abgelöst werden könnten. Wenn nicht nachdrücklich vom Rat eingegriffen werde, werde der Krieg langwierig sein. Die Note spricht sodann von kriegerischen Meldungen über sensationelle Siege am Vorabend der Ratsversammlung und von einem Manöver, das darin bestehen würde, das Verlangen der abessinischen Regierung nach Unterordnung der italienischen Greuel in eine politische Untersuchung zur Vorbereitung eines Anschlages auf die Unabhängigkeit und Unversehrtheit Abessiniens hinzuwandeln.

Unter Bezugnahme auf das Verlangen der italienischen Regierung nach Erweiterung ihres Gebietes in Afrika erklärt die abessinische Regierung schließlich, daß sie Italien keinerlei Expansionsrecht und keinerlei historische Mission in Afrika zuerkenne und daß eine Aufforderung an Abessinen, ein solches Recht oder eine solche Mission durch die Aufgabe seiner Unabhängigkeit und Unversehrtheit anerkennen, gegen den Vatt verstoße.

### Kein Untersuchungsausschuß nach Abessinien

Genf, 20. Jan. Der Dreizehner-Ausschuß des Völkerbundesrates hat am Montag nachmittag in anderthalbstündiger Sitzung über den italienisch-abessinischen Konflikt beraten. Das Ergebnis war die Feststellung, daß kein Anlaß zur Entsendung eines Untersuchungsausschusses nach Abessinien vorliege, daß im Augenblick nichts hinsichtlich der Schlichtung geschehen könne und daß ferner der Dreizehner-Ausschuß der Sanktionskonferenz über den Fortgang der Sanktionen zu beschließen habe. Der Dreizehner-Ausschuß wird am Dienstag eine neue Sitzung abhalten.

### Vom Kriegsschauplatz

#### Italienischer Luftangriff auf die Stadt Karem

Widdis Ababa, 20. Jan. Italienische Flieger haben, abessinischen Meldungen von der Front zufolge, wiederum die Stadt Karem mit Bomben belegt, und Erkundungsflüge südlich von Wardia durchgeführt.

Nach Berichten des Ras Desta dauert die vor 15 Tagen begonnene Schlacht bei Dolo und am Canale Doria weiterhin an. Die Italiener sehen dort vor allem Somali-Truppen ein, mit deren Spitzenabteilungen die Truppe Ras Destas ständig im Kampf liegt.

Die abessinische Regierung erklärt in einer der Bevölkerung bekanntgegebenen Mitteilung, daß die italienische Presse kleine örtliche Erfolge bei Dolo in einen großen italienischen Sieg umgewertet habe, um den Kampfgestir der eigenen Truppen und des Volkes zu heben, da die bisherigen außerordentlich schweren Verluste in keinem Verhältnis zu den erzielten Erfolgen ständen. Man versuche durch derartige Meldungen andererseits auch die Widerstandskraft der abessinischen

Truppen und der Bevölkerung Abessinien zu schwächen. Aber, so schließt die Erklärung, selbst der Gebrauch von Gas und die Bombenabwürfe auf Städte, Lazarette und Verbandsplätze werden das abessinische Volk nicht zum Abbruch des Kampfes bringen. Im Gegenteil, der Kampfesgeist wird hierdurch gestärkt und selbst unter schweren Verlusten wird das abessinische Volk bis zur Befreiung seines Landes kämpfen."

### Abessinien befreit die großen Verluste

Addis Abeba, 20. Jan. In einer amtlichen Erklärung der abessinischen Regierung werden die Mitteilungen des italienischen Heeresberichts von einem italienischen Siege an der Südfrent, bei dem 4000 Abessiner getötet worden und 120 Kilometer abessinisches Gebiet besetzt sein sollen, als jeder Grundlage entbehrend bezeichnet. Die Nachricht solle offenbar lediglich dazu dienen, die Stellung Italiens bei den kommenden Völkerrechtsverhandlungen zu stärken. Die abessinische Regierung befreit auch die italienischen Behauptungen von der großen Zahl abessinischer Gefangener. Gegenüber dem Einspruch Italiens beim Völkerbund gegen eine angeblich unerlaubte Benutzung von Rote-Kreuz-Flaggen durch abessinische Truppen erklärt die abessinische Regierung, daß sämtliche Lazarette und Ambulanzen unter Leitung europäischer Ärzte stünden, die allein das Verfügungsrecht hätten. Es sei also unbillig, zu behaupten, daß europäische Ärzte die Rote-Kreuz-Flagge gewissermaßen mißbrauchten.

### Weiterer Vormarsch an der Südfrent

Rom, 20. Jan. Das italienische Propagandaministerium gibt das neue Telegramm des Marschalls Badoglio bekannt, das folgenden Wortlaut hat:

Die bei Canale Doria geschlagene Armee des Ras Desta Damto wird von unseren Truppen unaufhaltsam verfolgt. Die von General Graziani befehligten Abteilungen sind am 18. Januar in das Gebiet des Galla Borana vorgedrungen und haben Jitu, 200 Kilometer von Dolo entfernt, besetzt, wobei sie feindliche Truppen, die versuchten, Widerstand zu leisten, zerstreuten. Die Verfolgung wird fortgesetzt. Unsere Truppen trafen entlang den Karawanenstraßen auf Scharen von Flüchtlingen, die sich ergaben und Wasser und Lebensmittel erhielten, da sich die Verpflegung des Gegners in völliger Zerrüttung befand. Auf dem Dawa Parma und Webi Gero entlang rücken unsere Truppen sehr schnell vor, wobei sie feindliche Truppen zerstreuen.

An der Erntefront wird eine rege Tätigkeit der Flugwaffe, der Artillerie und unserer Aufklärungsgruppen auf der ganzen Linie zwischen Mafale und dem Tafazzelfluß fortgesetzt.

### Zusammenstoß in Damaskus

Jerusalem, 20. Jan. Der nationalistische Proteststreik hat zu schweren Zusammenstößen geführt. Die Menge Straßenbahnwagen um und versuchte die Polizeiperre vor dem behördlich geschlossenen Nationalistenklub zu stürmen. Die Polizei mußte auf die Menge feuern. Es wurden zwölf Verhaftungen vorgenommen. Ausgelöst wurde der Streik, wie bereits gemeldet, durch die polizeiliche Schließung des Nationalistenklubs. Die Kundgebungen begannen mit einer Andacht in der Omajaden-Moschee. Im Anschluß daran hielten Straßenredner Ansprachen an die Menge, in denen das Verhalten Frankreichs scharf angegriffen wurde. Es wurden Protesttelegramme nach Paris und Genf beschickt.

### Botales

Wildbad, den 21. Januar 1936.

**Unglücksfall.** Bei Holzhauerarbeiten in den Waldungen nahe der Grünhütte verunglückte am Samstag morgen der Holzmacher Friedrich Rau, Sohn des Straßenwarts Rau. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Verletzte, der am Schenkel den Fuß gebrochen hat, mittels Sanitäts-Kraftwagen in das Kreiskrankenhaus überführt.

**Von der Deutschen Arbeitsfront.** Die Walter und Warte der deutschen Arbeitsfront, Ortsgruppe Wildbad, ferner die Reichsbetriebsgemeinschaften 1 bis 18 usw. machen wir nochmals auf die heute abend 8 Uhr in der „Alten Lunde“ stattfindende Versammlung aufmerksam.

**Schneebericht.** Sommerberg: 2,0 Grad Wärme; Schneehöhe 5-10 Zentimeter (teilweise schon lückenhaft, heiter). Sportverhältnisse: kaum Spornmöglichkeit. Grün: hütte: 0,5 Grad Wärme; Schneehöhe 10-15 Zentimeter (harsch, heiter). Sportverhältnisse: fahrbar. Ralten: bron: 2,0 Grad Kälte; Schneehöhe 20-25 Zentimeter (harsch, heiter). Sportverhältnisse: gut.

### Württemberg

Stuttgart, 20. Jan. (Mit dem Motorrad in 53 Kolonne.) In der Rheinlandstraße in Bad Cannstatt fuhr am Samstag abend ein 24 Jahre alter Schloßer mit seinem Motorrad in eine stehende Kolonne der HJ, wobei er sofortigen Tod zur Folge hatte. Außerdem wurden drei Hitlerjugungen verletzt, wovon sich einer noch wegen Unterkühlungsbrand im Krankenhaus befindet.

Stadt Wildbad.

### Die Winterspritzung der Obstbäume

mit Obstbaumkarbolineum ist zur Schädlingsbekämpfung unentbehrlich.

Zur Verbilligung wird im Kreis ein Gemeinschaftsbezug durchgeführt. Bestellungen nehmen bis 24. ds. Mts. entgegen: in Wildbad: Gemeindebauwart Schöber, in Sprollenhäus und Ronnenmih: Die Wäkte.

Der Bürgermeister.



Luftschutz verhütet Schaden an Gut und Blut!

**Neues HJ-Heim.** Die Ortsgruppe Furtbach der NSDAP. zusammen mit den Gefolgshäusern 3.119 und 36.119 konnte am Samstag unter Mitwirkung sämtlicher Formationen ihr neues HJ-Heim in der Tübingerstraße einweihen. Kreisleiter Mauer hielt die Weiherede.

**Beiträge zum Reichsnährstand.** Die Entrichtung des zweiten Teilbetrags des Beitrags zum Reichsnährstand für das Rechnungsjahr 1935 für die bäuerlichen und landwirtschaftlichen Betriebe ist am 25. Januar 1936 erfolgt.

**Kulturelle Feier.** Den dritten Jahrestag der Machtübergang durch den Führer begeht der Reichsarbeitsdienst, Arbeitsgau 26 Württemberg mit einer Feierstunde, bei der die kulturelle Feier „Deutsche Not und Wende“, Musik von Gauarbeitsführer Kurt von Herberg, Text von Oberfeldmeister Konrad Vitz, zur Aufführung gelangt. Zur Bedeutung des Tages spricht der Ministerpräsident Württemberg. Die Feierstunde findet am 31. Januar abends im Gustav-Siegle-Haus statt.

### Aus dem Lande

**Fellbach, 20. Jan. (Dietrich-Edart-Platz.)** Im Rahmen des Ortsbauplanes wird im Jahr 1936 die Anlage des Dietrich-Edart-Platzes bei der Paulstraße erfolgen. Die Anlage des Schlageter-Platzes ist ebenfalls ins Auge gefaßt.

**Ludwigsburg, 20. Jan. (Einbruch.)** In der letzten Woche wurde nachts in einem Mehlgeraden der Kirchstraße die große Spiegelscheibe im Werte von rund 400 RM eingeworfen. Der Täter hatte es auf die Wurstwaren abgesehen und einige Schinkenwürste erbeutet. Aber nicht lange sollte er sich seines Besitzes erfreuen, und noch ehe die Würste den Weg alles Fleisches gegangen waren, hatte ihn die am Morgen alarmierte Polizei ermittelt.

**Asperg, 20. Jan. (Altes Grabmal.)** Der 2300 Jahre alte Fürstengraben „Kleinaspelg“, dieses prächtige und berühmte Grabmal aus der Vorzeit unserer Heimat, wurde kürzlich von der Stadtgemeinde Asperg käuflich erworben. Es ist geplant, das Denkmal in würdigen Zustand zu versetzen und der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

**Böblingen, 20. Jan. (SE 111 von Sevilla zu rücken.)** Auf ihrem Rückflug von Sevilla ist Sonntag nachmittag die Heinkel SE 111, das neue Schnellflugzeug der Luftflieger, wieder in Böblingen eingetroffen. Zu ihrem Empfang hatte sich ein großes, flugbegeistertes Publikum eingefunden. Wie glänzend sich die neue Heinkelmaschine bewährt, ergibt sich aus der Tatsache, daß die SE 111 die 2000 Kilometer lange Strecke Sevilla-Böblingen in nur sechs Stunden zurückgelegt hat.

**Tübingen, 20. Jan. (Berufung.)** Der ordentliche Professor für Straf- und Zivilrecht, Prozeßrecht und allgemeine Rechtslehre, sowie des P. ist zum 1. April 1936 Dr. Eduard Kern in Freiburg i. B. für zum 1. April 1936 in gleicher Eigenschaft nach Tübingen berufen worden.

**Kottbus, 20. Jan. (Diamantene Hochzeit.)** Das seltsame Fest der diamantenen Hochzeit konnten am Samstag Anton Wied, Weingärtner, und seine Ehefrau Pauline Wied begehen. Aus der Ehe entsprossen 15 Kinder, nämlich 11 Buben und 4 Mädchen, von denen noch 5 leben. Zwei Söhne opferten im Weltkrieg ihr Leben dem Vaterland.

**Göppingen, 20. Jan. (Die vier Beigeordneten der Stadt Göppingen.)** In der letzten Ratsversammlung wurden die vier Beigeordneten der Stadtverwaltung Göppingen in ihr Amt eingeführt, und zwar Bürgermeister Fritz Scheutle und Stadtkämmerer Emil Eisenacher als hauptamtliche, die Stadträte Hermann Finkbeiner und Dr. Werner Landerer als ehrenamtliche Beigeordnete.

**Schönbühl, 20. Jan. (Feierstunde.)** Die Reichsarbeitsdienstabteilung auf dem Schönbühl erhielt in einer Feierstunde den Ehrennamen Gottlieb Daimler verliehen. Feldmeister Dohlenwadel würdigte die Persönlichkeit und das Werk Gottlieb Daimlers. So wie der Arbeitsmann auf dem Schönbühl täglich die Geburtsstätte dieses großen Deutschen vor Augen habe, so werde ihm auch die Tatkraft und sein Fleiß ein leuchtendes Vorbild sein. Direktor Schipper brachte den Dank der Daimler-Werke für die Patenschaft zum Ausdruck. In dem Namen Gottlieb Daimler erblicke er ein unvergleichliches Symbol für die Ziele, die der Reichsarbeitsdienst verfolgt. Sprechstunde, sowie Musik- und Gesangsvorträge unter Mitwirkung der Hauskapelle verschönten die Feier, an die sich nach dem gemeinsamen Abendbrot ein Kameradschaftsabend angeschlossen.

**Heilbronn, 20. Jan. (Auszeichnung.)** Der Führer und Reichskanzler hat die Rettungsmedaille am Bande dem ehemaligen Kaufmann Gustav Setin in Heilbronn a. N. verliehen.

**Heilbronn, 20. Jan. (Festhallenweih.)** Die für die Ausstellung „Schwäbisches Schaffen“ erstellte große Halle ist durch das städtische Hochbauamt in eine große Fest- und Versammlungshalle umgebaut worden. Diese wurde mit einer Großkundgebung der NSDAP feierlich eröffnet. Dazu waren neben 3200 Besuchern 1380 Mitglieder der Formationen aufmarschiert. Stellv. Gauleiter Schmidt legte als Hauptredner Rechenenschaft ab über die Aufbauarbeit der letzten drei Jahre und rechnete gründlich mit den Kritikern und Gegnern ab. — Die mit Lamellenbindern tonnenförmig abgedeckte Halle ist 60 Meter lang, 30 Meter breit und 14,4 Meter hoch und faßt zirka 3000 Sitzplätze. Sie ist mit modernen Beleuchtungs-, Heiz-, Lautsprecheranlagen

usw. eingerichtet, sodaß sie Massenaufführungen jeder Art genügt und Heilbronn nun endlich eine ausreichende Festhalle besitzt, die für viele Jahre genügen dürfte.

**Nalen, 20. Jan. (Chorleitertagung.)** Die am Sonntag in Nalen abgehaltene 3. Chorleitertagung des Distriktes war von Chorleitern von 71 Gesangsvereinen besucht. Eine besondere Note gab der Tagung die Anwesenheit des Bundeschormeisters des Schwäb. Sängerbundes, Musikdirektor Nagel-Eßlingen. Nachdem der Kreisführer Dr. Würner, die Chorleiter und Gäste begrüßt hatte, gab er das Wort seinem Kreischorleiter, Kirchenmusikdirektor Birke-Elwangen, zu einem Vortrag über das „Gemeinschaftsingen“. Sodann hielt Handelschulrat Sonthheimer-Allm einen ausgezeichneten Lichtbildvortrag über „Richard Wagner und die Bayreuther Festspiele im Dritten Reich“.

**Biberach, 20. Jan. (Brand in der Brauereigebäude.)** Am Samstag abend brach im Brauereigebäude zum „Hecht“ hier ein Brand aus. Der Brandherd befand sich in der Darre. Das Feuer, das eine starke Rauchentwicklung hervorrief, wurde durch den sofort eingreifenden Löschzug mit Erfolg bekämpft, so daß eine weitere Ausbreitung des Brandes vermieden werden konnte. Es entstand Sach- und Personenschaden.

**Röhrwangen, 20. Jan. (Verbrüht.)** In einem unbewachten Augenblick fiel ein einjähriger Mädelchen, Entkind des Anwalts Strubel hier, rücklings in eine auf dem Boden stehende mit heißem Wasser gefüllte Spülkiste. Mit schweren Verbrennungen wurde es ins Biberacher Krankenhaus eingeliefert.

**Friedrichshafen, 20. Jan. (Kompasversuche.)** Die Erfahrung hat gelehrt, daß der Kompaß im Steuerhaus des Fährschiffes „Schussen“, das den Kurs Friedrichshafen-Romanshorn und Romanshorn-Friedrichshafen fährt, wenn sich auf der Fähre mit Eisen beladene Eisenbahnwagen befinden, bis zu 30 Grad von der Richtung abweicht. Dies ist darauf zurückzuführen, daß in jedem Eisen magnetische Kraft liegt, die durch einen künstlichen Magnet nur wachgerufen werden darf. Um nun das Ausweichen des Kompasses auf der „Schussen“ infolge dieser Eisentransporte nicht notwendig zu machen, hat die Firma W. H. H. in Famburg durch Anbringung eines zweiten Kompasses mit elektrischer Birne auf der oberen Öffnung einer 4 Meter hohen Röhre, erstellt über dem Kompaß des Steuerhauses, Versuche gemacht, die vollauf befriedigten.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt

**Glückwünsche des Führers.** Der Führer und Reichskanzler hat an den Abt Alban Schachleiter, der seinen 75. Geburtstag beging, folgendes Telegramm gerichtet: „Zu Ihrem heutigen Geburtstag spreche ich Ihnen in dankbarer Erinnerung an Ihre bewährte und treue Mitarbeit herzlichste Glückwünsche aus.“

**Beginn deutsch-schweizerischer Besprechungen.** In Berlin haben deutsch-schweizerische Besprechungen über industrielle und landwirtschaftliche Fragen begonnen.

**100. Geburtstag des Generalfeldmarschalls von Haefer.** Das kleine Dörfchen Harnelst hatte am Sonntag einen großen Tag. Es feierte den 100. Geburtstag des Generalfeldmarschalls Gottlieb Graf von Haefer. Die Gebendfeier fand in der kleinen Dorfkirche statt, in der der Generalfeldmarschall beerdigt liegt.

**Schneestürme über Nordamerika.** Ueber den Vereinigten Staaten wüten außerordentlich schwere Schneestürme. Der Verkehr liegt vielfach vollkommen still. Der Flugverkehr ist unterbrochen. Der Eisenbahnverkehr ist auf weiten Strecken eingestellt. In New York gab es am Sonntag schwere Gewitter, die von einem außergewöhnlich starken Donner begleitet waren. Der Straßenverkehr stockte völlig. 20 000 Schneeschaufler versuchten vergeblich, die Straßen von dem Schnee zu befreien. Bisher sind in den Stürmen zehn Personen ertrunken. Philadelphia meldet eine Schneehöhe von 30 Zentimeter. In den Südstaaten Florida, Alabama und Georgia fielen am Wochenende 17 Personen den Schneestürmen zum Opfer. 40 Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt. In der Nacht zum Sonntag fielen allein in Nord-Florida 13 Menschen, darunter eine sechsköpfige Negerfamilie, ums Leben gekommen. Der Sachschaden beträgt mehrere Hunderttausend Dollar.

**Malcolm Macdonald durch einen Schneeball am Auge verletzt.** Ein eigenartiger Unfall ist dem britischen Dominion-Minister Malcolm Macdonald zugefallen. Als er nach einer Wahlversammlung in Ullapool von den Anhängern der Nationalregierung auf den Schultern aus dem Saale getragen wurde, wurde ein Schneeball gegen ihn geworfen, der die Brille zertrümmerte, sodaß sich der Minister eine Verletzung am Auge zuzog.

**Devisenschieberbande abgeurteilt.** Der italienischen Polizei ist es in Neapel gelungen, einer über ganz Italien verbreiteten Devisenschieberbande auf die Spur zu kommen. Da die neuen italienischen Devisenbestimmungen jede Ausfuhr von Geldmitteln aus Italien unter strengste Strafstellen, wurden die 32 Schuldigen, unter denen sich zahlreiche Bankinhaber befanden, mit hohen Geldstrafen belegt. Der Anführer der Bande, der Bankier Gambino, wurde zu fünf Millionen Lire Geldstrafe und Deportation verurteilt.

Heranagabe und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt, Wildbader Weidloch, Wildbad im Schwarzwald (Zsh. Th. Godt) Nr. 12, 35. 79. Zur Zeit ist Preisliste Nr. 2 gültig.

Besuchen Sie das

### Palast-Kaffee in Pforzheim

täglich ab 4 Uhr **Künstler-Konzerte**  
täglich ab 8 Uhr abends **Kabarett**

Jeden Mittwoch

### Hausfrauennachmittag mit Kabarett

bei kleinen Preisen — Bequeme Zugverbindung

Samstags und Sonntags auch nachmittags Kabarettvorstellung

### Dauermieterin

pensionierte Lehrerin, sucht sonnige

### 3-Zimmer-Wohnung

möglichst Garten-Benutzung. Offerten m. Preis unt. K 15 an die Tagblattgeschäftsstelle.

### Das beste

### Werbemittel

für Ihr Geschäft ist eine Anzeige im „Wildbader Tagblatt“

